

## Stellungnahme

Düsseldorf, 15. Oktober 2021

### Zum Antrag „Stadtentwicklung – Ökologisch, energieeffizient und nachhaltig. Mehr Natur beginnt vor der eigenen Haustür. Naturbasierte Lösungen fördern und vorantreiben.“ (Drs. 17/14067) der Fraktionen der CDU und FDP

Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen verbindet als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband nordrhein-westfälische Unternehmen der Bauindustrie und benachbarter Branchen. Als freiwilliger Zusammenschluss und größtes Kompetenzzentrum der Bauindustrie in NRW betreut und repräsentiert der Verband Bauunternehmen aller Bausparten. Seine Mitgliedsunternehmen stehen für mehr als drei Viertel der in Nordrhein-Westfalen erbrachten Bauleistung und beschäftigen rund zwei Drittel aller Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes<sup>1</sup>. Von kleinen Familienbetrieben über kleinere und große mittelständische Unternehmen bis hin zu Niederlassungen international agierender Baukonzerne sind die Mitgliedsunternehmen in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus tätig. Diese agieren als Partner sowohl von privaten als auch vielfach von öffentlichen Auftraggebern. Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ist der größte bauindustrielle Landesverband in der Bundesrepublik.

Nordrhein-Westfalen steht vor der Aufgabe, klimaschädliche Emissionen in allen Sektoren weiter wirksam zu reduzieren, eine weitreichende Kreislaufwirtschaft zu etablieren und eine höhere Klimaresilienz unserer gebauten Umwelt zu erreichen. Land, Städte und Gemeinden müssen dafür Gebäude und Infrastrukturen entsprechend den zukünftigen klimatologischen Bedingungen auslegen und existierende Gebäude und Infrastrukturen baulich anpassen. Dabei gilt es, Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit zusammen zu denken und umzusetzen und Infrastrukturen und Gebäude nicht isoliert zu betrachten, sondern zugleich die sichere Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in den Blick nehmen, neue Konzepte für Zentren und den öffentlichen Raum zu entwickeln, alternative Mobilitätsformen zu fördern sowie die Entwicklung im ländlichen Raum einzubeziehen.

Aus Sicht der BAUINDUSTRIE NRW dürfen Lösungsansätze dabei nicht zu kleinteilig gedacht werden, es sollten größere und zusammenhängende Gesamtkonzepte und Leistungspakete – beispielsweise mit einem Net-Zero-Ziel – geschnürt werden. Die Ziele im Klima- und Umweltschutz sowie der Nachhaltigkeit erfordern einen Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit der handelnden Akteure, um das gesamte Knowhow der Wertschöpfungskette nutzen zu können. Die im Antrag genannte Erfordernis einer engen Abstimmung aller Projektbeteiligten ist deshalb zu unterstreichen.

<sup>1</sup> Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern

Grundsätzlich begrüßt die BAUINDUSTRIE NRW die im Antrag angeführten, von der Landesregierung teils bereits eingeleiteten oder geplanten Schritte ausdrücklich.

Folgende Anmerkungen erlauben wir uns zu einzelnen Punkten des Antrags:

### **Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand**

Als die bei weitem stärkste Gruppe der ausschreibungspflichtigen öffentlichen Auftraggeber kommen den 396 Kommunen in NRW und dem Land nicht nur eine Vorbildfunktion beim Thema Klimaschutz und Klimaanpassung zu – sie müssen auch eine Vorreiterrolle einnehmen. Die BAUINDUSTRIE NRW weist seit längerem darauf hin, dass die bisherige Ausschreibungspraxis von Land und Kommunen die Spielräume und Handlungsmöglichkeiten, die dem öffentlichen Auftraggeber zur Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zur Verfügung stehen, bislang nicht ausschöpft.

Gestaltungsspielräume ermöglichen insbesondere funktionale Leistungsbeschreibungen. Auch die Zulassung von Nebenangeboten kann eine gute Möglichkeit für öffentliche Auftraggeber sein, energieeffiziente, klimafreundliche und nachhaltige Varianten in das Verfahren einzubeziehen. Die öffentliche Beschaffungspraxis muss die Chancen des Vergaberechts mehr als in dem bislang beanspruchten Ausmaß in Anspruch nehmen, um die geplanten und erforderlichen Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte umsetzen zu können. Gleichzeitig muss bei der Vergabe von Bauleistungen darauf geachtet werden, dass die Anforderungen an die Bieterseite praktisch umsetzbar und verhältnismäßig sind.

Bei Vergabe von Bauprojekten an den „billigsten“ Bieter wird es zu keinen nachhaltigen Bauweisen kommen. Die Zuschlagsentscheidung sollte maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung und der Gewichtung aller Zuschlagskriterien abhängen. Umwelt-, klimaschutz- und energieeffizienzrelevante Aspekte sind als Zuschlagskriterien zulässig, wenn sie mit dem Auftragsgegenstand in Zusammenhang stehen. Die in der Praxis gerade im Ausland bereits praktizierten Nachhaltigkeitsmodelle wie „Cradle to Cradle“ als Ansatz für eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft oder das Prinzip „Urban Mining“ müssen in den Bauverwaltungen Einzug halten.

Damit dies gelingt, sind unterstützende Angebote des Landes in Form von Förderungen, Wissenstransfer, Qualifizierung und Vorbildprojekten sinnvoll und erforderlich. Dabei sollten die vorgenannten Aspekte mitberücksichtigt werden. Zudem müssen die Kommunen über eine ausreichende Zahl an qualifizierten Fachkräften und über zeitgemäße technische Ausstattung verfügen und ihre Prozesse digital und effizient gestalten.

### **Stadtentwicklung**

Eine klimagerechte und nachhaltige Stadtentwicklung sollte die Sektoren Energie und Gebäude zusammenzudenken und Maßnahmen quartiersübergreifend anlegen. Die BAUINDUSTRIE NRW unterstützt deshalb den Vorschlag, verstärkt Pilotprojekte zu initiieren und Nachhaltigkeits-, Klimaschutz- und Klimaanpassungsaspekte bei allen öffentlichen Bauvorhaben zu berücksichtigen und zu fördern.

So testen beispielsweise mehrere NRW-Kommunen bereits erfolgreich spezielle Straßenasphalte, mit denen die Stickoxid-Belastung der Luft verringert werden kann. Durch den

Einsatz des natürlich vorkommenden Materials Titandioxid können Straßen als Katalysatoren fungieren und Stickoxide um bis zu 26 Prozent reduzieren. Alternativ können Straßen heute auch zur Energieerzeugung genutzt werden, indem Energie aus Sonnenwärme gespeichert und über ein Wärmepumpensystem beispielsweise in benachbarten Gebäuden und Infrastrukturen genutzt wird. Straßen und auch andere Flächen können so einen Beitrag zur Beheizung von Wohn-, Büro- und Geschäftsgebäuden, Ökoquartieren und öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern leisten und den Energiemix in Quartieren verbessern. Im Winter kann das Prinzip umgekehrt genutzt werden, um Straßen von Schnee und Eis zu befreien, so dass weniger Streusalz benötigt wird. Im Sommer kühlt das System durch die Wärmegewinnung die Fahrbahnoberfläche zudem ab und kann so zur Verringerung städtischer Wärmeinseln beitragen. Ähnliche Abkühleffekte können auch durch den Einsatz hellerer Asphalte erreicht werden, die sich bei Sonneneinstrahlung signifikant weniger erhitzen und dadurch nachts weniger Wärme an die Umgebung abgeben.

Zur Zielerreichung braucht es solche Innovationen, eine Vielfalt an Baustoffen und einen technologie- sowie baustoffunabhängigen Wettbewerb. Es bedarf keiner gesetzlich festgelegten Quoten, sondern Produktneutralität in den Ausschreibungen. Letztendlich ist ein für alle Baustoffe und Bauverfahren offene Wettbewerb der Schlüssel zu mehr Innovation und zu einer ökologischen, energieeffizienten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Politik sollte das Knowhow der an der Wertschöpfungskette Bau beteiligten Akteure frühzeitig einbinden. Gleichzeitig sollte sie Innovationen nutzen und weiter fördern und klimaangepasstes Planen und Bauen bei Infrastrukturprojekten grundsätzlich zum Standard machen. Hierbei sollte die öffentliche Hand mit der Privatwirtschaft kooperativ zusammenarbeiten, weitere öffentliche Räume für die Erprobung neuer Systeme und digitaler Konzepte im Rahmen von Pilotprojekten bereitstellen und die vergaberechtlichen Möglichkeiten gerade im Hinblick auf nachhaltige Baustoffe und -verfahren, wie z.B. temperaturabgesengte Asphalte und rezyklierte Materialien, voll ausschöpfen.

## **Gebäude**

Der Gebäudesektor spielt eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der Klimaziele, gut 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen und etwa 40 Prozent des Energieverbrauchs entfallen - größtenteils auf den Betrieb von - Gewerbe- und Wohngebäuden. Die Politik hat erkannt, dass die aktuelle Sanierungsrate zu niedrig ist, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Gebäudesektors, wie von der Legislative angestrebt, zu senken in absehbarer Zeit einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Im Gebäudesektor sind dabei auch die langen Investitionszyklen zu beachten: Da umfassende Sanierungen im Regelfall nur einmal je Generation durchgeführt werden, müssen die Weichen für einen CO<sub>2</sub>-neutralen Gebäudebestand im Jahr 2050 jetzt gestellt werden. Bislang ist es allerdings trotz hoher Anreize, finanzieller Förderung und gesetzlichen Vorgaben nicht gelungen, die Sanierungsquote im Gebäudebereich ausreichend zu steigern. Auch hier gilt es, eine Erhöhung der Klimaresilienz stets mit zu berücksichtigen.

Eine signifikante Erhöhung der Sanierungsquote in NRW kann nicht durch Geld allein erreicht werden – es gilt, Prozesse zu optimieren und innovative, serielle Produktionsmethoden konsequent auszubauen. So können gerade größere Gebäudebestände effizient und weniger kleinteilig ertüchtigt werden, die Politik kann dies durch weitere Verfahrens-

beschleunigungen und eine ausgeweitete Landesförderung der Gebäudesanierung für Gewerbe- und Wohnimmobilien weiter unterstützen. Grundsätzlich sollte Prämisse der Politik sein, die Planungs- und Genehmigungsverfahren in Komplexität und Tempo an die Erfordernisse der politisch gesetzten Klimaziele anzupassen.

Gerade vom öffentlich geförderten Wohnungsbau können wichtige Impulse zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaresilienz im Immobiliensektor insgesamt ausgehen und der geförderte Wohnungsbau so zu einer nachhaltigen und resilienten Stadtentwicklung beitragen.

### **Kreislaufwirtschaft**

Die Corona-Krise und die derzeitigen Auswirkungen auf Lieferketten und die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten hat deutlich gezeigt, wie abhängig wir von globalen Entwicklungen sind. Wertschöpfungsketten sind in Deutschland, sind in NRW, nicht mehr durchgängig vorhanden. Schnelle und hohe Preissprünge bei Stahl, Holz, Kunststoffen, Dämmstoffen und weiteren Baumaterialien haben zu steigenden Baukosten und Verzögerungen geführt. Wir müssen deshalb vorhandene einheimische Ressourcen intelligenter nutzen. So wird beispielsweise der Abbau der in NRW ausreichend vorhandenen Kies- und Sandvorkommen zunehmend erschwert, entsprechende Rohstoffe müssen wenig nachhaltig und ökonomisch oft über tausende Kilometer aus Drittländern importiert werden. Dieser Zielkonflikt kann nur politisch gelöst werden.

Zudem gilt es, die Ressourceneffizienz im Sinne des Lebenszyklusansatzes weiter zu verbessern und die Akzeptanz für Rezyklate und Ersatzbaustoffe bei öffentlichen wie privaten Auftraggebern weiter zu steigern. Zwar ist der Bausektor ressourcenintensiv, Bauwerke sind aber auch langjährige Ressourcenspeicher. Mineralische Bauabfälle werden heute nahezu vollständig wiederverwertet und im Stoffkreislauf gehalten. Dadurch werden Deponien entlastet und Primärrohstoffe geschont. Im Straßenbau werden heute etwa 98 Prozent des Aufbruchmaterials verwertet, das Material praktisch vollständig ortsnah recycelt und als Baumaterial wieder eingebaut. Eine solch hohe Quote wird in anderen Sparten jedoch noch nicht erreicht.

Innovative und nachhaltige Baustoffe wie z.B. Rezyklate und nachwachsende Rohstoffe sollten deshalb weiter gefördert und attraktiver gemacht und nicht durch Quoten künstlich erzwungen werden. Produktneutralität und Technologieoffenheit in Ausschreibungen sollten gewahrt und klare Zielanforderungen formuliert werden. Die öffentliche Vergabep Praxis trägt dem im Hinblick auf den Einsatz von Rezyklaten und nachwachsenden Rohstoffe bislang noch nicht in dem möglichen und erforderlichen Umfang Rechnung.

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.

RA'in Prof. Beate Wiemann  
Hauptgeschäftsführerin

Niklas Möring  
Leiter Politik